



**Kreisausschuss:**

Engelhardt, Christian	Landrat
Stolz, Diana	Erste Kreisbeigeordnete (anwesend bis 10:00 Uhr)
von Hunnius, Roland	Kreisbeigeordneter (anwesend bis 11:00 Uhr)

**Gäste:**

Helbig, Michael	Bürgermeister der Stadt Lindenfels (anwesend bis 10:00 Uhr)
Dr. med. Wahlig, Joachim	Chefarzt des Luisenkrankenhauses Lindenfels
Dr. med. Wetzig, Gerhard	Hausarzt in Lindenfels
Dr. med. Haas, Günter	stellvertretender Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen
Bazan, Markus	Bazan - Berater im Gesundheitswesen, Witten
Bletgen, Frank	agon consulting-partners, Mannheim

**Verwaltung:**

Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen (anwesend bis 10:00 Uhr)
Pohl, Petra	Finanz- und Rechnungswesen
Pfeiffer, Jutta	Fachbereich Kreisgremien

**Schriftführerin:**

Schüßler, Helene	Fachbereich Kreisgremien
------------------	--------------------------

Die Ausschussvorsitzende eröffnete um 08:00 Uhr die 18-003. Sitzung des Ausschusses des Kreistages für Schule und Soziales und begrüßte die Sitzungsteilnehmer, Vertreter der Presse und zahlreichen Zuhörer.

Sie stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Tagesordnung**

**Punkt 1:**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 30.06.2016  
zum Thema "Krankenhausrettung für eine nachhaltige  
Gesundheitsversorgung in der ländlichen Region"  
- Abschließende Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 18-0099/1**

Zur Verfahrensweise schlug die Ausschussvorsitzende vor, die Sachverständigen einzeln nacheinander zu hören und zu befragen und im Anschluss die Ausschussdebatte zu führen. Gegen das vorgeschlagene Prozedere gab es keine Einwendungen.

Frau Kreistagsabgeordnete Hennrich begründete den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., der zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung in den Ausschuss für Schule und Soziales verwiesen worden war.

Der Änderungsantrag hatte folgenden Wortlaut:

- "1. (Der Kreistag des Kreises Bergstraße möge beschließen, dass...) Durch Bürgerschaft des Kreises von 3,5 Mio. € für die nächsten fünf Jahre wird die Basis geschaffen (...wird),
  - i. um den Weiterbetrieb das Krankenhaus in Lindenfels unmittelbar sicherzustellen und
  - ii. als Pilotprojekt: Die Klinik in Lindenfels unter einer von den Bürgern getragenen, genossenschaftlichen (Mit-) Trägerschaft zur Sicherung und Weiterentwicklung der regionalen Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum auf den Weg zu bringen.
2. Vor Ausstellung der Bürgerschaft haben die zukünftigen Gesellschafter (Bürgergenossenschaft, Stadt Lindenfels, private Investoren) ein Eigenkapital in Höhe von mindestens 750 T€ nachzuweisen.
3. Beantragung, bzw. Unterstützung der Beantragung, der durch das Krankenhaus-Finanzierungsgesetz eröffneten Möglichkeit eines Sicherstellungszuschlages beim Sozialministerium, nebst Vereinbarung der Gesamthöhe des Zuschlages mit den Krankenkassen.
4. Inanspruchnahme der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen - zu beantragen beim Hessisches Ministerium der Finanzen - nach dem entsprechenden Programm:  
Mit dem KInvFG vom 24. Juni 2015 (BGBl. I, S. 974, 975) hat der Bund die Weichen für eine gezielte Förderung finanzschwacher Kommunen gestellt. Die Finanzhilfen des Bundes sollen nach dem KInvFG trägerneutral für Investitionsmaßnahmen in folgenden Bereichen gewährt werden:  
Unterpunkt 1. Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur -> a. Krankenhäuser."

Herr Landrat Engelhardt ging in seiner Stellungnahme zunächst auf die Entwicklung der Krankenhäuser des Südhessischen Klinikverbunds (SHK) im Kreis seit Herbst 2015 ein, die von einem "Runden Tisch" begleitet worden sei. Diesem hätten unter anderen die Bundes- und Landtagsabgeordneten aus dem Kreis sowie die Bürgermeister der betroffenen Kommunen angehört.

Er informierte über die Kündigung des vom Kreis gezahlten Notarztsitzes am Luisenkrankenhaus zum 31.07.2016 im Zuge der angekündigten Schließung der Klinik; als Ersatz sei die provisorische Unterbringung im Johanniterheim in Rimbach vorgesehen.

Weiter berichtete er, dass inzwischen ein "Runder Tisch" beim Sozialministerium eingerichtet sei, der ein Konzept für die ärztliche Versorgung im Odenwald-Teil des Kreises Bergstraße und in den tangierenden Gebietsteilen des Odenwaldkreises und des Kreises Darmstadt-Dieburg erarbeiten wolle.

Auf Frage nach einer finanziellen Unterstützung des Kreises für die derzeit diskutierten Modelle "Luise-light" oder "MVZplus" erklärte Herr Landrat Engelhardt, eine investive Unterstützung sei möglich, wenn ein tragfähiges Konzept vorliege.

Der Bürgermeister der Stadt Lindenfels, Herr Helbig, führte aus, die Stadt Lindenfels sei bereit, finanzielle Unterstützung für die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung vor Ort zu leisten.

Anschließend gaben die eingeladenen Sachverständigen einzeln und nacheinander Stellungnahmen ab und beantworteten Fragen aus dem Ausschuss.

Herr Dr. Wahlig stellte das von ihm mitentwickelte Modell "Luise light" vor, das ambulante und stationäre Versorgung integrierte.

Herr Dr. Wetzig wies auf das zunehmende Problem für die Hausärzteversorgung im ländlichen Raum hin und hielt eine Übergangslösung für die medizinische Versorgung in Lindenfels bis zur Umsetzung eines neuen Konzepts für erforderlich.

Herr Bletgen warb für das Modell "Luise-light" und stellte das Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitskonzept vor. Vom Ausschuss wurde das Fehlen von konkreten und detaillierten Zahlen moniert.

Unterstützt durch Folienpräsentation informierte Herr Dr. Haas über die Bedarfsplanung für die ambulante ärztliche Versorgung und die Kriterien für die Zulassung von Arztstellen. Nach den geltenden Messzahlen "Einwohner pro Fach-/Hausarzt" sei der Teilbereich Odenwald des Kreises Bergstraße überversorgt.

Als Grundlage für die heute anstehende Entscheidung über eine Bürgschaft für eine Übergangslösung nannte Herr Bazan die Bewertung, ob das zukünftige Konzept politisch und wirtschaftlich nachhaltig sei. Ohne die Details des Modells "Luise-light" zu kennen, erachte er das Modell an diesem Standort und unter den vorliegenden Bedingungen für eher nicht umsetzbar.

Bei der anschließenden kontroversen Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Frau Hennrich, Herr Hörst, Frau Lindner, Herr Obermair, Herr Oehlenschläger, Herr Ruoff und Herr Dr. Schwarz.

Im Zuge der Debatte ergänzte Herr Dr. Wahlig auf Anregung aus dem Ausschuss seine Vorstellung des Modells "Luise-light". Um Synergieeffekte zu erreichen, könnte das Krankenhausmodell, das stationäre und ambulante Versorgung verknüpft, an die Eleonoren-Klinik "angedockt" werden.

Die Ausschusssmitglieder der Fraktionen von AfD und GRÜNE sowie die nicht stimmberechtigten Vertreter der Fraktionen von FREIE WÄHLER und DIE LINKE. plädierten für die Gewährung einer Bürgschaft des Kreises, um den Weiterbetrieb des Luisenkrankenhauses für einen Übergangszeitraum zu ermöglichen.

Ausschusssmitglieder anderer Fraktionen verwiesen auf das finanzielle Risiko einer Bürgschaft, da konkrete Zahlen zum Konzept "Luise-light" fehlten. Bei Bedarf sollten Investitionen unterstützt werden, nicht aber den Krankenhausbetrieb.

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. wurde zum Ende der Debatte von der Antragstellerin folgende Ergänzung beantragt:

"bei Ziffer 1 vor i. einzufügen "- die Bürgschaft steht unter dem zusätzlichen Vorbehalt der Prüfung des Wirtschaftlichkeitsplans durch einen neutralen Wirtschaftsprüfer - "

Bei den abschließenden Abstimmungen wurden der **Ergänzungsantrag** sowie der **Änderungsantrag** der Fraktion DIE LINKE. jeweils mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

**Abstimmungsergebnisse:**

Abstimmung über den Ergänzungsantrag: 3 Jastimmen, 7 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung

Abstimmung über der Änderungsantrag: 2 Jastimmen, 8 Neinstimmen (ein Ausschussmitglied beteiligte sich nicht an der Abstimmung).

**Punkt 2:                      Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Hierzu lag nichts vor.

Die Sitzung wurde um 12:00 Uhr durch die Ausschussvorsitzende geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Ausschussvorsitzende

Schriftführerin